

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

COUNTRY	East Germany	REPORT	[REDACTED]	25X1
SUBJECT	Bulletin of the Ministry of Construction	DATE DISTR.	April 19, 1957.	
		NO. PAGES	1	
		REQUIREMENT NO.	RD	
DATE OF INFO.	[REDACTED]	REFERENCES		25X1
PLACE & DATE ACQ.	[REDACTED]			

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

[REDACTED] issue No. 24 of Verfuegungen und Mitteilungen of the Ministry of Construction, dated 15 December 1956.
(8 pages in German)

25X1

CONFIDENTIAL

STATE	<input checked="" type="checkbox"/>	ARMY	<input checked="" type="checkbox"/>	NAVY	<input checked="" type="checkbox"/>	AIR	<input checked="" type="checkbox"/>	FBI	<input checked="" type="checkbox"/>	AEC						
-------	-------------------------------------	------	-------------------------------------	------	-------------------------------------	-----	-------------------------------------	-----	-------------------------------------	-----	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 15. Dezember 1956

Nr. 24

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil		Lieferung von Baumaterialien ab 1957 —	
54. Richtlinien für die Durchführung und Berichterstattung über die Materialbewegung der Bau- und Baustoffindustrie auf Formblatt M 46 im Jahre 1957	1	GBI. II S. 349 —	5
55. Unterschlagungen	3	III. Bauindustrie	
56. Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes	3	61. Finanzierung und Buchung des in der Baustelleneinrichtung gebundenen Grundmaterials (Baustoffe) ab 1. 1. 1957	6
57. Prämienordnung für Bauleiter bei ländlichen Bauvorhaben	3	62. Abrechnung der mit der neuen Ortsklassenregelung verbundenen Mehrkosten gemäß Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. 6. 1956 (volkseigene Bauindustrie)	6
B. Besonderer Teil		63. Produktionsabgabe auf Handelsware	6
I. Technik und Entwurf		64. Zwickauer Montagedecke	7
127. Bautechnische Autorenkontrolle, Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (4)	4	65. Nachauftragnehmerleistungen	7
128. Hinweise für die Kostenplanung	4	C. Buchbesprechungen	
129. Lehrgänge für die Gütekontrolle	5	20. Hinweis auf Veröffentlichungen in der „Materialwirtschaft“	7
II. Baustoffindustrie			
58. Erläuterungen zur Anordnung vom 20. 10. 1956 über die Verteilung, den Bezug und die			

A. Allgemeiner Teil

54. Richtlinien für die Durchführung der Berichterstattung über die Materialbewegung der Bau- und Baustoffindustrie auf Formblatt M 46 im Jahre 1957.

Die von der Bau- und Baustoffindustrie im Jahre 1956 für die Abrechnung des Materialverbrauchs verwendeten Formblätter 45 und 46 wurden zu einem für beide Industriezweige gemeinsam verwendbaren Formblatt M 46 umgestaltet.

Das Format des neuen Formblattes wurde auf DIN A 4 verkleinert und die Befragungsspalten sowie die Materialnomenklatur verringert, so daß eine wesentliche Papier- und Zeitersparnis bei der Aufstellung der Materialverbrauchsabrechnungen gegenüber dem Vorjahr erreicht wird.

Das neue Formblatt trägt die Bezeichnung:

„Bericht über die Materialbewegung M 46“ und ist sowohl für die monatliche als auch für die Quartalsabrechnung zu verwenden.

Die Materialabrechnung der Bau- und Baustoffindustrie ist auf dem Formblatt M 46 nur in den Verbrauchsspalten des Grund- und Hilfsmaterials getrennt vorzunehmen, die anderen Befragungsspalten — mit Ausnahme der Kopfspalte und Spalte 1 — beziehen sich sowohl auf die Bauindustrie als auch auf die Baustoffindustrie.

Grundsätzliches für die Materialabrechnung der Bauindustrie.

Gegenüber der Materialabrechnung im Planjahr 1956 sind im Planjahr 1957 auf Grund der Veränderung der

Methodik der Materialplanung und -verteilung nach dem Bauvolumen von allen Bedarfsträgern der Bauindustrie die Materialabrechnungen des Grundmaterials an die Versorgungsstellen vorzunehmen, von denen die Zuteilungen der Kontingente bzw. der Versorgungskennziffern erfolgten.

Hilfsmaterialien für die örtliche Bauindustrie werden nur von der für den Sitz des Bedarfsträgers zuständigen Versorgungsstelle zugeteilt und sind auch nur an diese abzurechnen.

A. Allgemeine Angaben:

Berichtspflicht:

Abrechnungspflichtig sind alle Bedarfsträger, die für die Durchführung ihrer Produktionsaufgaben bzw. Leistungen Kontingente bzw. Versorgungskennziffern erhalten haben.

Abrechnungszeitraum:

Die Abrechnung hat monatlich auf Formblatt M 46 jeweils seit Jahresbeginn bis zum letzten Tag des Berichtszeitraumes zu erfolgen. Ein vorzeitiger Abschluß ist nicht zulässig.

Nomenklatur:

Die abzurechnenden Planpositionen sind auf dem Formblatt M 46 eingedruckt. Da das Formblatt M 46 sowohl für die monatliche als auch für die vierteljährliche Abrechnung zu verwenden ist, wurden die Planpositionen, die monatlich abzurechnen sind, auf dem ersten Blatt der M 46 eingedruckt und mit einem „m“ (monatlich) gekennzeichnet. Die gesamte Nomenklatur einschließlich der „m“-Positionen ist nur vierteljährlich abzurechnen.

Abgabetermin:

Die Bedarfsträger haben die Abrechnungen an die Versorgungsstellen wie folgt vorzunehmen:

- a) monatlich bis zum 6. Werktag
- b) vierteljährlich bis zum 8. Werktag.

B. Erläuterungen zur Materialabrechnung M 46**Kopfspalte: Abgeschlossene Bauverträge in TDM**
(Nur für die Bauindustrie)

In dieser Spalte sind von den Betrieben nur die für den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Versorgungsstelle bis zum Ende des Berichtszeitraumes abgeschlossenen Bauverträge bzw. -aufträge über auszuführende Bauleistungen (auch Aufträge unter 3 TDM) wertmäßig in TDM anzugeben. Diese Angaben müssen die wertmäßige Höhe der abgeschlossenen Verträge bzw. Aufträge umfassen, für die der Betrieb von dieser Versorgungsstelle Material für seine eigenen Leistungen beansprucht.

Der Standort des Objektes ist hierbei ausschlaggebend, nicht der Sitz des Betriebes.

Die mit den Sonderbedarfsträgern ZBK und TK abgeschlossenen Verträge sind nicht in die Materialabrechnungen M 46 an die Versorgungsstellen des Kontingentträgers 08 000 aufzunehmen.

Spalte: Bedarfsträger

Um bei den Versorgungsstellen die Verdichtungen schneller durchführen zu können und um Übertretungsfehler auszuschalten, wurden die Formblätter perforiert und zum Zwecke des Aufklebens der einzelnen Planpositionen auf Sammelblätter auf der Rückseite gummiert. Deshalb hat jeder Bedarfsträger bzw. Hauptbedarfsträger unbedingt jede einzelne Zeile der abzurechnenden Planpositionen mit der Bedarfsträger- bzw. Hauptbedarfsträger-Nummer oder Kurzbezeichnungen zu versehen. Anderenfalls ist bei der Auseinandertrennung bei den sich darauf ergebenden einzelnen Streifen nicht mehr ersichtlich, von wem dieser stammt.

Spalte 1: Jahresbedarf an Grundmaterial (Einbaumaterial) für abgeschlossene Bauverträge. (Nur für Bauindustrie.)

In dieser Spalte ist nur der für die in der Kopfspalte angegebenen Vertragsabschlüsse benötigte tatsächliche Jahresbedarf an Einbaumaterialien, der den Materialauszügen der Entwurfsunterlagen zu entnehmen ist, einzusetzen. Es ist darauf zu achten, daß aus den Materialauszügen nur die Mengen zu erfassen sind, die durch eigene Arbeitskräfte des Betriebes verarbeitet werden. Materialmengen für Nachunternehmerleistungen sind nicht von den Hauptauftragnehmern, sondern nur von den Nachauftragnehmern selbst in ihrer M 46 anzugeben.

Spalte 2: Fortlaufende Quartalskontingente
Diese Spalte enthält nur die Quartalskontingente bzw. Versorgungskennziffern und bei unbewirtschafteten Materialien die Warenbereitstellungen bis zum Ende des Berichtsquartals.

Z. B. bei Meldungen der Monate Januar, Februar, März sind die Kontingente des I. Quartals, bei Meldungen der Monate April, Mai, Juni sind die Kontingente des I. und II. Quartals, bei Meldungen der Monate Juli, August, September die Kontingente des I., II. und III. Quartals anzugeben.

Mit Beginn des IV. Quartals sind in dieser Spalte die Jahreskontingente einzusetzen.

Spalte 3: Inventurbestand am 1. Januar 1957
Nimmt den lt. Inventuraufnahme festgestellten betriebseigenen Bestand auf. Alle Bestandszahlen sind konstant und dürfen das ganze Jahr über nicht verändert werden.

Zusatz für Bauindustrie:

Bei sämtlichem Vorhaltematerial ist dagegen hier das neue, bisher noch nicht in Nutzung gewesene Material anzugeben.

Der Inventurbestand bei Baustellen, die mit dem Jahresende auslaufen, ist nur bei der für den Sitz des Betriebes zuständigen Versorgungsstelle in der M 46 anzugeben.

Nur bei Fortführungs- bzw. Überhangbauten sind die Inventurbestände an die für die jeweilige Baustelle zuständige Versorgungsstelle abzurechnen.

Spalte 4: Materialeingänge (aus Kontingenten bzw. Versorgungskennziffern)

Diese Spalte erfaßt nur die aus Kontingenten bzw. Versorgungskennziffern und Warenbereitstellungen bis zum Ende des Berichtszeitraumes realisierten Mengen.

Spalte 5: Materialeingänge (aus inneren und örtlichen Reserven)

In dieser Spalte sind die aus inneren und örtlichen Reserven eingegangenen Materialien zu erfassen. Ferner sind z. B. die Materialeingänge an Enttrümmerungssteinen, Bergungseisen sowie IIa Materialien in dieser Spalte jeweils unter der Warenart zu erfassen, zu der sie nach der Art des Materials gehören.

Spalte 6: Materialeingänge (aus sonstigen Zugängen)

Materialeingänge aus Umsetzungen von Betrieb zu Betrieb und sonstige Zugänge sind hier anzugeben.

Spalte 7: Materialabgänge (als Grundmaterial der Bauindustrie)

Nur der Materialverbrauch an Grundmaterialien (Einbaumaterialien) für Bauleistungen ist in dieser Spalte einzusetzen. Dazu gehören auch angearbeitete Materialien, bei denen bereits Lohnkosten entstanden sind, z. B. vorgebogene Rundeisen, zugeschnittene Träger, abgebundenes Holz.

Spalte 8: Materialabgänge (als Grundmaterial der Baustoffindustrie)

Hier ist nur der Materialverbrauch der Grundmaterialien der Baustoffindustrie anzuführen. Baubetriebe, die neben ihren Bauleistungen auch noch eine be-

auftragte Produktion an Betonfertigteilen ausführen, haben das für diese Produktion verbrauchte Material unter dieser Spalte anzugeben.

Spalte 9: Materialabgänge (als Hilfsmaterial der Bauindustrie)

Hier ist der gesamte übrige Verbrauch z. B. für Vorhaltezwecke, Werkstätten und ähnlichem einzusetzen. Das Holz, welches erstmalig für Vorhaltezwecke verwendet wird, ist in dieser Spalte auch aufzuführen.

Spalte 10: Materialabgänge (als Hilfsmaterial der Baustoffindustrie)

In dieser Spalte ist der gesamte übrige Verbrauch der Baustoffindustrie anzuführen.

Spalte 11: Materialabgänge (als sonstige Abgänge)
Zeigt die Materialabgänge auf, die z. B. auf Grund von Umsetzungen oder durch Verkauf an DHZ und andere aus Beständen vorgenommen wurden.

Spalte 12: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes

Der Materialbestand ergibt sich aus der Querrechnung der Spalten 3-11.

55. Unterschlagungen

Verschiedene Unterschlagungsfälle in Betrieben und Haushaltsorganisationen geben Veranlassung, die Werkleiter, Direktoren und Direktoren der Hoch- und Fachschulen, die Direktoren der Entwurfsbüros, die Hauptbuchhalter, Haushaltsbearbeiter und Finanzleiter nachdrücklich auf die Ursachen der festgestellten Unterschlagungen hinzuweisen, damit in Zukunft die erforderliche Sicherheit und Sorgfalt beim Umgang mit Bargeld gegeben ist.

Folgende Fehler und Mängel sowohl in der Kassenführung als auch in der Buchführung führten dazu, daß Mitarbeiter in Betrieben und Haushaltsorganisationen z. T. mehrere Jahre un bemerkt erhebliche Gelder unterschlagen konnten:

1. Lohnrechnung und Lohnauszahlung lagen in einer Hand.
2. Die Bargeldabhebungen von der Bank wurden nicht über die Kasse geleitet und dort auch nicht buchmäßig erfaßt.
3. Lohnlisten und Lohnscheine wurden nicht nachgerechnet.
4. Die Unterlagen zur Ermittlung der Löhne und sonstigen Zahlungen an die Arbeiter und Angestellten, insbesondere für Nachzahlungen und Krankengeldzuschüsse wurden nicht aufbewahrt. Überhaupt fehlten konkrete Arbeitsanweisungen für den einzelnen Arbeitsplatz. Dieser Tatbestand erschwerte die Kontrolle erheblich.
5. Arbeiter und Angestellte waren nicht darüber belehrt, daß ihre Lohnstreifen bzw. Gehaltszettel keine Radierungen oder sonstige unbestätigten Änderungen aufweisen dürfen und nahmen deshalb die auf solche Weise gefälschten Lohnnachweise kritiklos entgegen.
6. Weder die Kaderabteilung noch die Abteilung Arbeit haben kontrolliert, ob die in den Lohn- und Gehaltslisten Aufgeführten tatsächlich in einem Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen bzw. ob sie während der Zeit, für die sie Lohn erhalten, im Betrieb anwesend waren.

7. Lohn- und Reisevorschüsse wurden besonders in den Haushaltsorganisationen ungenügend erfaßt und nachgewiesen. Die Kontrolle der fristgemäßen Rückzahlung und deren buchmäßige Erfassung wurden vernachlässigt.

8. Besonders nachlässig wurde der Verkauf von Essenmarken kontrolliert und nachgewiesen.

9. Die Kassen wurden seitens der Betriebe und Organisationen selten bzw. gar nicht geprüft.

10. Die Auswahl der Kader für die Kasse erfolgte nicht sorgfältig genug.

Diese Aufzählung der Mängel in der Kassenführung und der Buchhaltung, die Unterschlagungen begünstigten bzw. direkt dazu verleiteten, ist keineswegs erschöpfend. Die eingangs bezeichneten leitenden Angestellten in den nachgeordneten Organen sind deshalb verpflichtet, umgehend Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, die genannten und ähnlichen Fehler und Mängel in der Kassenführung und der Buchhaltung auszuschließen.

Die Zentrale Revisionsgruppe des Ministeriums ist angewiesen, die Befolgung dieser Weisung zu kontrollieren.

56. Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes.

— Grundsätzliche Feststellung Nr. 175/56 des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. —

Die Anordnung vom 15. Mai 1956 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Materialien (GBI. Sonderdruck Nr. 158) enthält im Gegensatz zu der entsprechenden Anordnung für das Jahr 1956 (GBI. Sonderdruck Nr. 93) keine Bestimmung über die Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraumes. Im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission wird festgestellt:

Mit Ablauf des Planjahres erlöschen die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner mit Ausnahme derjenigen, die sich auf die Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung des Vertrages beziehen. Der Vertrag gilt in vollem Umfang weiter, wenn

1. in gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich die Weitergeltung über das Planjahr hinaus bestimmt wird;
2. der Besteller sich in Abnahmeverzug befindet;
3. in gesetzlichen Bestimmungen die Weitergeltung über das Planjahr hinaus zugelassen wird und die Partner die Weitergeltung vereinbart haben;
4. die Partner die Überhangverpflichtung in den Plan des neuen Planjahres aufgenommen und die Weitergeltung des Vertrages vereinbart haben.

Sind für das neue Planjahr noch andere Verträge zwischen den Beteiligten abgeschlossen, so ist die Reihenfolge der Erfüllung der Verträge festzulegen.

57. Prämienordnung für Bauleiter bei ländlichen Bauvorhaben

Durch ein Versehen beim Umbruch ist die Prämienordnung für die Bauleiter aus den Kreisbauleitungen in der Nr. 22 von Mitteilungen und Verfügungen unter der Rubrik „Bauindustrie“ veröffentlicht worden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß diese von der IV. LPG-Konferenz geforderte Prämienordnung nur für die von der Investitionsbank bzw. Deutschen Bauern-Bank aus den Gebühren finanzierten Mitarbeiter der Kreisbauleitungen gilt und für die Bauleiter in der Bauindustrie keine Gültigkeit hat.

B. Besonderer Teil**I. Technik und Entwurf****127. Bautechnische Autorenkontrolle; Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (4), vergl. auch „Verfügungen und Mitteilungen“ Heft Nr. 16/1956 B I 82**

Das Entwurfsbüro für Industriebau Berlin hatte auf Grund von Verträgen den Vorentwurf, den Entwurf und die Ausführungszeichnungen angefertigt. Es leitete ein Schiedsverfahren gegen den Auftraggeber mit dem Antrag ein, diesen zum Abschluß eines Vertrages auch über die Ausübung der bautechnischen Autorenkontrolle zu verpflichten. Der Auftraggeber, ein zentrales Projektierungs- und Konstruktionsbüro, war zum Vertragsabschluß nur bereit, wenn er in seiner Eigenschaft als Generalprojektant an der Autorenkontrolle und an den dem Entwurfsbüro dafür zustehenden Gebühren zur Hälfte beteiligt würde.

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fällt am 2. November 1956 folgende Entscheidung:

„(VII — 113/56)

Die Partner werden verpflichtet, den Vertrag über die bautechnische Projektierung vom 31. 5. / 7. 6. 1956 durch folgenden Zusatz bis 12. 11. 1956 zu ergänzen:

Das Entwurfsbüro für Industrie Berlin übernimmt die bautechnische Autorenkontrolle gem. Anordnung vom 6. 9. 1955 (GBl. I. 631).

Die Ergänzung des Vertrages hat das Entwurfsbüro für Industriebau dem Staatlichen Vertragsgericht bis zum 15. 11. 1956 anzuzeigen.“

In den Entscheidungsgründen ist u. a. ausgeführt:

„Die Schiedskommission hat die Berechtigung und Verpflichtung des Efi zur Ausübung der bautechnischen Autorenkontrolle gegen vollen Bezahlungsanspruch gem. der PVO 412 anerkannt.

Die bautechnische Kontrolle ist gem. § 1 Abs 1 der AO vom 6. 9. 1955 (GBl. I 631) den volkseigenen Entwurfsbüros übertragen, welche vertraglich den bautechnischen Entwurf hergestellt haben, auch wenn Vorentwurf und Ausführungsunterlagen von anderen Stellen angefertigt worden sind. Sie steht dem Autor des bautechnischen Entwurfs zu. Die Anordnung regelt nicht die Rechte und Pflichten, die der Auftraggeber eines Projektes hat. Auch der Generalprojektant ist in diesem Sinne ein Auftraggeber, wenn er die bautechnischen Entwürfe nicht selbst anfertigt, sondern die Aufträge an andere Entwurfsbüros vergibt.

Daß weder die Koordinierungstätigkeit des Generalprojektanten noch eine sonstige Einflußnahme des Auftraggebers auf die Projektierung unter die bautechnische Autorenkontrolle im Sinne der AO vom 6. 9. 1955 fällt, ergibt sich aus § 1 der AO. Selbst dann, wenn der Projektant an dem gesamten Vorentwurf nicht mitgewirkt und auch die Ausführungsunterlagen nicht ausgearbeitet hat, obliegt ihm nach § 1 Abs. 1 die Autorenkontrolle. . . .

Ebensowenig wird die Verpflichtung des Autors des bautechnischen Projektes eingeschränkt, wenn der Auftraggeber bzw. der Generalprojektant während der Bauausführung in geichem Sinne tätig wird, wie es für den Projektanten nach der AO vom 6. 9. 1955 vorgesehen ist. Die AO vom 6. 9. 1955 räumt die Rechte und Pflichten nur demjenigen ein, der das Projekt verfaßt hat. Sie regelt nicht die Tätigkeit anderer Stellen, faßt diese insbesondere nicht in den Begriff der bautechnischen Autorenkontrolle zusammen und gibt diesen dritten Stellen somit auch keinen Anspruch auf Vergütung dieser

Tätigkeit als Autorenkontrolle im Sinne der PVO 412 § 2.“ . . .

Im vorliegenden Fall ist unstreitig, daß sowohl das Projekt als auch das Vorprojekt und die Ausführungsunterlagen vom Efi angefertigt wurden. Efi ist daher Autor im Sinne der AO vom 6. 9. 1955. Ihm obliegt die Autorenkontrolle und es hat einen Anspruch auf Vergütung nach der PVO 412, wenn es seinen Pflichten aus der AO vom 6. September 1955 nachkommt. Die Autorenkontrolle kann dem Efi auch nicht gegen seinen Willen entzogen werden, wie sich aus § 6 der AO ergibt.

Aus der Fassung des § 1 der AO muß gefolgert werden, daß die bautechnische Autorenkontrolle eine gesetzliche Pflicht mit Anspruch auf Vergütung für den Autor des Projektes ist, ohne daß im Vertrag über die Anfertigung des Projektes ausdrücklich die Autorenkontrolle erwähnt sein muß. Da der Autor des Projektes allerdings gem. § 6 der AO auf die Ausübung der Autorenkontrolle verzichten kann, ist es notwendig, in dem Vertrag eine ausdrückliche Vereinbarung über die Autorenkontrolle aufzunehmen. Deshalb § 1 Abs. 2:

„Die Autorenkontrolle soll im Vertrag über die Herstellung des bautechnischen Entwurfes ausdrücklich vereinbart werden.“

Es braucht aber nicht ein besonderer Vertrag über die Ausübung der bautechnischen Autorenkontrolle geschlossen werden, und die Schiedskommission hat deshalb lediglich die Ergänzung des zwischen den Partnern bestehenden Projektierungsvertrages angeordnet. . . .“

128. Hinweise für Kostenplanung

— „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 3/1956 B I 12 —

1) Kostenpläne für Wohnungsbauten

Bei Überprüfungen ist festgestellt worden, daß die Entwurfsbüros in die Kostenpläne für Wohnungsbauten Kosten aufnehmen, die nicht bauseitig zu tragen sind, sondern durch den Versorgungsbetrieb. Aus diesem Grunde wird nachstehend ein Auszug aus den „Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Elektrizität und Gas aus den öffentlichen Versorgungsnetzen“ vom 21. Oktober 1953/12. September 1956 (ZBl. 1953 S. 515, GBl. II 1956 S. 337, wiedergegeben auch in Loseblattsammlung „Baurecht“ S. IV/231) veröffentlicht.

„Anlage des EVB

- (1) Dem EVB obliegt die Errichtung und Unterhaltung seiner Anschlußanlage. Diese reicht
 - a) im Niederspannungsnetz
 1. bei Freileitungsanschlüssen bis zur Abspannung einschließlich Isolatoren und Gestänge,
 2. bei Kabelhausanschlüssen bis zu den Eingangsklemmen im Hausanschlußkasten des EVB,
 - b) im Mittel- oder Hochspannungsnetz, wenn im Vertrag kein anderer Endpunkt festgelegt ist.
 1. bei Freileitungseinführungen bis zur Abspannung einschließlich Isolatoren.
 2. bei Kabeleinführungen bis einschließlich Kabelendverschluß,
 - c) im Niederdruck-Gasnetz sowie im Mittel- oder Hochdruck-Gasnetz, wenn im Vertrag kein anderer Endpunkt festgelegt ist, bei Gasanschlüssen bis einschließlich Hauptabsperrhahn und gegebenenfalls Hausdruckregler. Der EVB entscheidet über die Ausführung der Anschlußanlage.
- (2) Als Übergabestelle gilt der Endpunkt der vom EVB unterhaltenen Anschlußanlage.
- (3) Die der Verbrauchsabrechnung dienenden Meßeinrichtungen gelten als Teile der Anschlußanlage.
- (4) — — —

Danach verlegen die EVB die elektrischen Leitungen bis zum Hausanschlußkasten und die Gasleitungen bis zum Hauptabsperrhahn, und zwar ohne Rücksicht auf deren Lage.

Bei der Projektierung sind die Installationen also nur vom Hausanschlußkasten bzw. vom Hauptabsperrhahn ab einwärts zu den Baukosten zu rechnen.

Bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen besteht eine andere Abgrenzung. Der Betrieb übernimmt alle Arbeiten bis zur Grundstücksgrenze. Die Maßnahmen auf dem Grundstück selbst gehören zu den Baukosten des Wohnungsbaues.

2) Hilfsmittel für die Kostenplanung

- a) Ein Arbeitskreis von Bauingenieuren, dem die Kollegen

Kuntsche vom Entwurfsbüro Süd für Industriebau Dresden

Dürnbach vom Entwurfsbüro für Hochbau Karl-Marx-Stadt

Thomas vom Entwurfsbüro für Hochbau Erfurt

angehören, hat die Festpreise der DDR des Festpreiskataloges Teil I für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie (ausgenommen Gleisoberbauarbeiten) — GBI-Sonderdruck Nr. 124 und 124/1 — in übersichtlichen Tafeln bzw. Tabellen auf ca. 75 Seiten DIN A 4 zusammengefaßt. Die Tabellen ermöglichen ein schnelles und sicheres Auffinden aller gewünschten Preise und bilden daher bei der Kostenplanung in den Entwurfsbüros und bei Überprüfungen durch Baubetriebe, Investbank usw. ein erhebliches zeiteinsparendes Hilfsmittel, dessen Anschaffung allen Bauschaffenden empfohlen wird.

- b) Im Entwurfsbüro für Industriebau Dresden-Süd ist vom Chefingenieur für Baukostenplanung, Koll. Kuntsche, eine „Kartei zum Aufstellen von Leistungsverzeichnissen“ entwickelt worden, durch deren Anwendung die zeitraubende manuelle Arbeit der Kostenplaner beim Aufstellen von Leistungsverzeichnissen auf ein Minimum beschränkt wird. Auf ca. 320 Karten DIN A 5 sind, außer dem Titel Gleisoberbauarbeiten, vorerst sämtliche Positionen des Festpreiskataloges Teil I textlich erfaßt worden. Jede Kartei ist in der Kartei so oft enthalten, daß eine Gruppe von 3 Kostenplanern gleichzeitig an ca. 5 Objekten arbeiten kann. Ein Satz enthält insgesamt etwa 1600 Karten. Die Kartei ist mit den unter Ziff. 1 genannten Festpreistabellen in den wichtigsten Titeln so abgestimmt, daß bei gleichzeitiger Anwendung beider Hilfsmittel für das Aufstellen der Leistungsverzeichnisse mit Preisen im Mittel bis 50 % Zeiteinsparung gegenüber der bisher üblichen Methode erreicht wird. Die Anschaffung der Kartei wird allen Entwurfsbüros empfohlen.

Bestellungen für die angeführten Hilfsmittel sind bis zum 31. Dezember 1956 an

Entwurfsbüro für Industriebau Magdeburg
Leit-BfE Entwurf
Magdeburg, Gustav-Adolf-Straße 15

aufzugeben.

Da die Bestellungen gleichzeitig zur Bedarfsermittlung für die Drucklegung dienen sollen, wird gebeten, den Termin unbedingt einzuhalten.

129. Lehrgänge für Gütekontrolle

Die Staatliche Bauaufsicht führt im Jahre 1957 für die Gütekontrolle der volkseigenen Entwurfsbüros und Baubetriebe folgende Lehrgänge auf der Lehrgangsschule des Ministeriums für Aufbau, Naumburg/Saale, Kalter Hügel 1, durch:

Nachwuchsentwicklungslehrgänge für Güteingenieure Bauausführung

vom 8. bis 18. Januar 1957

vom 12. bis 22. Februar 1957

Qualifizierungslehrgang für Güteingenieure Statik

vom 19. bis 29. März 1957

letzter Meldetermin 10. Februar 1957

Nachwuchsentwicklungslehrgang für Güteingenieure Entwurf

vom 12. bis 22. November 1957

letzter Meldetermin 10. Oktober 1957.

Die Termine für zwei Lehrgänge für Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht der Räte der Kreise werden noch bekanntgegeben. Sämtliche Meldungen sind an die Kaderabteilung des Ministeriums für Aufbau zu richten.

II. Baustoffindustrie

58. Erläuterungen zur Anordnung vom 20. 10. 1956 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien ab 1957 — GBI. II S. 349 —

Zur Anwendung und einheitlichen Auslegung oben bezeichneter Anordnung werden nachstehende Erläuterungen gegeben:

Zu § 3:

Zur Durchsetzung des allgemeinen Vertragssystems bei der Verteilung, dem Bezug und der Lieferung von Baumaterialien ist es erforderlich, daß das gesamte Produktionsaufkommen einschließlich der Überproduktion durch den staatlichen Baustoffhandel (DHZ Baustoffe) durch Rahmenabsatzverträge gebunden wird. Durch den Abschluß von Rahmenabsatzverträgen werden Dispositionen über Baumaterialien ohne Einschaltung der DHZ Baustoffe ausgeschlossen. Die Rechte der Räte der Bezirke bei der Entscheidung über die Verteilung des zur Verfügung stehenden Produktionsaufkommens an Baustoffen einschließlich der Überproduktion werden dadurch nicht beeinträchtigt. Die DHZ Baustoffe disponiert ausschließlich in Zusammenarbeit mit dem Rat des Bezirkes alle dem Bezirk zur Verfügung stehenden Baumaterialien.

Unter Überproduktion ist jede Produktion der örtlichen volkseigenen und privaten Industrie zu verstehen, die über die staatliche Planaufgabe des Bezirkes hinaus anfällt. Die Überproduktion wird nicht für den überbetrieblichen Ausgleich herangezogen. Sie steht 100prozentig dem jeweiligen Rat des Bezirkes zur Verfügung.

Zu § 5:

Nach den Bestimmungen der Anordnung können Abnehmer der volkseigenen Wirtschaft die von ihnen benötigten Materialien des Handelsprogramms der DHZ Baustoffe in allen Geschäftsarten beziehen. Dem Direktverkehr ist aber unbedingt der Vorzug zu geben.

Zu § 6:

Für nicht kontingentierte Materialien ist bei Bestellungen unter anderem die Angabe des Objektes erforderlich. Das Objekt ist in jedem Fall bei Bestellungen zentraler Bedarfsträger anzugeben.

Die Räte der Bezirke legen mit der DHZ Baustoffe fest, wie die ihnen zur Verfügung stehenden Baumaterialien aufgeteilt werden. Dabei treffen sie ihre Entscheidungen auf der Grundlage ihrer planmäßigen Bauvorhaben. Aus diesem Grunde kann in Übereinstimmung mit dem Rat des Bezirkes die DHZ Baustoffe bei Bestellung von Baumaterialien für örtliche Bauvorhaben auf die Angabe des Objektes verzichten.

Za § 8:

Die Festlegung der Termine, zu denen spätestens die Bestellungen über Baumaterialien bei der DHZ Baustoffe vorliegen müssen, schließt nicht aus, daß den Räten der Bezirke entsprechend ihren Bauvolumen Baustoffe auf einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden. Es liegt bei den Räten der Bezirke, die Objekte und auszuführenden Betriebe in ihrem Bereich festzulegen, damit die DHZ Baustoffe den Baubetrieben die für sie vom Rat des Bezirkes vorgesehenen Baustoffe langfristig bereitstellen können.

Infolge der verspäteten Herausgabe der Kontingente ist der Termin zur Vorlage der Bestellungen bei der DHZ Baustoffe für das I. Quartal 1957 vom 5. auf den 15. 11. 1956 verlegt worden.

Za § 9:

Die Festlegung der Mindestmengen, die im direkten Bezug von jedem Werk bezogen werden können, wurde einer Überprüfung unterzogen. Es soll umgehend eine Änderung in dieser Hinsicht vorgenommen werden. Die Mindestmengen sollen zu a) von 6 auf 3 Waggon und b) von 4 auf 3 Waggon reduziert werden.

Za § 13:

Der Termin für die Anmeldung der Kontingenträger-Reserven ist vom 5. auf dem 15. 11. 1956 verlegt worden. Die richtige Anwendung der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1957 setzt die Räte der Bezirke in die Lage, ihrer Verantwortung gegenüber dem gesamten Baugeschehen innerhalb ihres Bereiches noch besser als bisher gerecht zu werden.

III. Bauindustrie**61. Finanzierung und Buchung des in der Baustelleneinrichtung gebundenen Grundmaterials (Baustoffe) ab 1. Januar 1957**

1. Für Bauvorhaben der Bauhauptleistungen erfolgt die Berechnung der Kosten des Baustellenbereichs zu festen Prozentsätzen der Liste der Baustellenbereichszuschläge.

Mit dem prozentualen Anteil des jeweiligen Baustellenbereichszuschlages für das Einrichten der Baustelle sind die Kosten für das in der Baustelleneinrichtung gebundene Grundmaterial sowie alle Kosten des L 1a Bereiches abgegolten. Die Rechnungen sind voll als Eigenleistung zu buchen.

Das in der Baustelleneinrichtung gebundene Grundmaterial ist ebenfalls voll zu Lasten der Kosten zu buchen.

Für das Räumen der Baustelle ist der entsprechende prozentuale Anteil des Baustellenbereichszuschlages, welcher die Gutschrift für das wiederverwendbare Grundmaterial berücksichtigt, zu berechnen. Gleichzeitig erhält der Baubetrieb die anfallenden, wiederverwendbaren Baustoffe.

Das beim Abbruch zurückgewonnene Grundmaterial ist durch Materialrückgabeschein wieder in die Bestände zu nehmen und den Kosten der betreffenden Baustelle gutzuschreiben.

Eine Abgrenzung für dieses Baumaterial ist sowohl hinsichtlich der Kosten (bisher auf Konto 184) als auch der Leistungsabrechnung (bisher auf Konto 968) nicht vorzunehmen.

2. Werden die Baustellenbereichszuschläge, soweit in der Liste keine Zuschlagsätze enthalten sind, kalkulatorisch ermittelt, so ist der Wert des in der Baustelleneinrichtung gebundenen Grundmaterials im Bereich L 1a zu berücksichtigen.

Die Kalkulation für das Räumen der Baustelle ist unter Berücksichtigung der Tatsache aufzustellen,

daß der Baubetrieb die bei der Räumung anfallenden, wiederverwendbaren Baustoffe erhält.

3. Werden bei Baustelleneinrichtungen aus massiven Baulichkeiten die Kosten für das in der Baustelleneinrichtung gebundene Grundmaterial (wiederverwendbarer Anteil) durch den prozentualen Anteil für Einrichten nicht gedeckt, so kann die prozentuale Aufgliederung des Baustellenbereichszuschlages entsprechend den Erfordernissen vorgenommen werden.

Diese Veränderungen sind vom Investitionsträger in den Kostenplänen zu berücksichtigen.

Besteht die Notwendigkeit, wie vorstehend ausgeführt zu verfahren, ist eine vorherige entsprechende Vereinbarung mit dem übergeordneten Organ, der Deutschen Investitionsbank und dem Investitionsträger erforderlich.

62. Abrechnung der mit der neuen Ortsklassenregelung verbundenen Mehrkosten gemäß Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. 6. 1956 (volkseigene Bauindustrie)

In Ergänzung zur Dienstanweisung Nr. 241 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 20 vom 15. Oktober 1956) wird hierdurch die Richtlinie des Ministeriums für Aufbau vom 11. Juni 1956 für die Abrechnung der mit der neuen Ortsklassenregelung verbundenen Mehrkosten gemäß Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Juni 1956*) außer Kraft gesetzt.

Bei der Abrechnung und Finanzierung der durch die Neuregelung der Ortsklassenstruktur in der volkseigenen Bauindustrie (Anordnung des Ministeriums für Aufbau vom 5. Juni 1956*) eintretenden Mehrkosten ist ebenfalls nach den Bestimmungen der Dienstanweisung Nr. 241 zu verfahren.

63. Produktionsabgabe auf Handelsware

Baubetriebe haben grundsätzlich keinen Handel mit Baustoffen zu führen.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen läßt es sich nicht vermeiden, daß volkseigene Betriebe als Hauptauftragnehmer Material für Nachauftragnehmer beschaffen. Bei der Weiterberechnung dieses Materials an den Auftraggeber (Investitionsträger) darf der materialempfangende und -verarbeitende Betrieb den preisrechtlich zulässigen Höchstsatz (Materialfestpreis frei Baustelle) nicht überschreiten.

Die Abgabe von Baumaterial an Nachunternehmer kann

- a) zu den Baufestpreisen (Franko-Empfangsstation — PAO Nr. 444 — oder frei Baustelle — Anlage A 3 — Sonderdruck Nr. 124 zum Gesetzblatt) erfolgen. Hierbei beträgt für den materialabgebenden Betrieb der Pauschalsatz für die Produktionsabgabe 0 % des Entgeltes (GBI. I/55, S. 43)
- b) vom materialabgebenden Betrieb mit einem Aufschlag von 5 % auf die Materialfestpreise zur Abdeckung seiner Materialrealisierungskosten und Abgaben berechnet werden. In diesem Fall hat der materialabgebende volkseigene Betrieb den Pauschalsatz für Produktionsabgabe in Höhe von 2 % abzuführen (GBI. I/55, S. 43).

Zu a) und b) darf der materialempfangende und verarbeitende Betrieb nur die Materialfestpreise weiterberechnen, wobei er den Aufschlag in Höhe von 5 % des materialabgebenden Betriebes aus den auf den Grund-

*) Als Sonderveröffentlichung für die jeweils übergeordneten Organe verteilt.

lohn bezogenen Zuschlagssätzen zu tragen hat (GBI. I/55, S. 999).

Falls kontingentiertes Material in größerer Menge in Frage kommt, hat der Nachauftragnehmer die entsprechenden Kontingentscheine dem Hauptauftragnehmer zu übertragen.

Werden Be- und Entladearbeiten von volkseigenen Baubetrieben ausgeführt und nach der Preisordnung Nr. 561 abgerechnet, so beträgt die Dienstleistungsabgabe 0 % des Entgeltes.

Bei Materialumsetzungen sowie Werkshilfeleistungen von Baubetrieben an andere Betriebe der volkseigenen Wirtschaft außerhalb der Baustelle, sind die Richtlinien für die Preisberechnung bei Umsetzungen von Materialüberplanbeständen vom 17. Februar 1953 (ZBl. 7/53) mit den Ergänzungen vom 3. Juni 1953 (ZBl. 21/53) und vom 10. November 1953 (ZBl. 43/53) maßgebend.

64. Zwickauer Montagedecke

Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in den Festpreisen für die Zwickauer Montagedecke — Festpreiskatalog, Teil I, für Bauhauptleistungen, Pos. 22 3601 bis 612 — eine 25 mm dicke, zementgebundene Holzwolleleichtbauplatte als Putzträger bereits enthalten ist.

65. Nachauftragnehmerleistungen

Die im § 13 der Preisordnung Nr. 561 (GBI. I S. 113/55) getroffene Regelung über die Berechnung entstehender Kosten bei Einschaltung von Nachauftragnehmern findet nur Anwendung beim Vertragsverhältnis Hauptauftragnehmer zu Nachauftragnehmer. Schalten Nachauftragnehmer weitere Nachauftragnehmer ein, so dürfen hierfür entstehende Kosten nicht berechnet werden.

C. Buchbesprechung

20. Hinweis auf Veröffentlichungen in der „Materialwirtschaft“

In der Zeitschrift „Die Materialwirtschaft“, Ausgabe 23/56, werden einige wichtige Beiträge veröffentlicht, auf die wir besonders die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke und Kreise sowie unsere volkseigenen Bau- und Baustoffbetriebe aufmerksam machen möchten. In dieser Ausgabe sind Beiträge über den Behälterverkehr, die Entwicklung der Baustoffindustrie im 2. Fünfjahrplan und eine Analyse über die Kapazitätsermittlung der Ziegelproduktion im Bezirk Magdeburg veröffentlicht.

gez.: Winkler, Minister

JETZT NOCH LIEFERBAR

Volkswirtschaftsplan 1957

Schlüsselliste 1957

für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel

Herausgegeben von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission

Format DIN A 5 · 294 Seiten · Loseblatt im Streifband 2,10 DM

Nummernschlüssel 1957

Warennummer/Planpositionsnummer (Ausgabe August 1956)

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat

Format DIN A 5 · 112 Seiten · Broschiert 1,50 DM

Bestellungen bitten wir nur beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

**Das Arbeitsrecht
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Losblattsammlung Format DIN A5 · 2495 Seiten

Preis einschließlich 3 Ordner und 1. bis 3. Nachtrag insgesamt 37,08 DM
Ergänzungslieferungen zum Blattpreis von 3 DPF

**Die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter
in den volkseigenen Betrieben
der Deutschen Demokratischen Republik**

Prof. D. Dr. Erwin Jacobi

Format 16×24 cm · 64 Seiten · Broschiert 2,40 DM

**Das Recht auf Schutz der Arbeitskraft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

E. Pätzold

Format 16×24 cm · Etwa 112 Seiten · Broschiert etwa 3,90 DM
(Erscheint Anfang Dezember)

**Die hauptsächlichen gesetzlichen Bestimmungen
über die Arbeit der Arbeiter und Angestellten**

Format 16×24 cm · Etwa 192 Seiten · Broschiert etwa 3,40 DM
(Erscheint Ende Dezember)

**Das Vorschlags- und Beschwerderecht der Werktätigen
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Dr. Wolfgang Menzel

Format 16×24 cm · 112 Seiten · Broschiert 5,10 DM

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig,
Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben.

In Berlin sind unsere Bücher vorrätig beim Leibnitz-Sortiment. Fachbuchhandlungen
für Rechts-, Staats-, Wirtschaftswissenschaft, Berlin W 8, Französische Straße 13



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN